

online-Veranstaltung Montag, 25. April 2022, 19.00 Uhr

Was haben wir vom angekündigten „Bürgergeld“ zu erwarten?

Diskussion mit ExpertInnen

und mit

Bundestagsabgeordneten der Ampelkoalition

Die aus den jüngsten Bundestagswahlen hervorgegangene „Ampelkoalition“ hat eine Revision der Arbeitsförderung angekündigt. Ein „Bürgergeld“ soll künftig die Hartz IV-Leistung ersetzen.

An der Diskussion nehmen teil:

aus der Politik

- ◆ **MdB Jens Peick**
Abgeordneter der SPD aus Dortmund, Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales
- ◆ **MdB Markus Kurth**
Abgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen aus Dortmund, Mitglied im Ausschuss Arbeit und Soziales
- ◆ und ein(e) VertreterIn der FDP (angefragt)

als Expert*innen

- ◆ **Martin Debener**
Fachreferent Armut und Grundsicherung beim Paritätischen NRW
- ◆ **Helmut Szymanski**, Sozialarbeiter und Dozent für Sozialrecht aus Dortmund
- ◆ **Julia Rumi**, Betroffene

und Teilnehmende mit Fragen und Beiträgen

Anmeldung zur Teilnahme ab sofort möglich:

Bitte mit Vor- und Zuname und Anschrift per E-Mail an: Strucksberg@posteo.de
Die Daten benötigt das DGB-Bildungswerk für die Förderung der Veranstaltung. Sie werden nicht für Werbezwecke weitergegeben.
Den Link zur Veranstaltung erhaltet Ihr dann am Tag zuvor (Sonntag) per E-mail.

**eine online - Veranstaltung des Sozialforums Dortmund
in Kooperation mit attac und DGB Dortmund**



Zur Vorgeschichte:

Anfang der nuller Jahre hatte eine Regierung aus SPD und Grünen einen kompletten Paradigmenwechsel in der deutschen Arbeitsmarktpolitik durchgesetzt: Wer künftig noch Arbeitslosenunterstützung beziehen wollte, war zu verstärkten Eigenbemühungen verpflichtet. Wobei allein die Arbeitsverwaltung darüber befinden sollte, was als Nachweis für diese Bemühungen ausreichte. Gleichzeitig wurde per Gesetz der Kreis zumutbarer Beschäftigung massiv ausgeweitet, der bis dahin geltende Berufsschutz sukzessive ausgehebelt. Hauptsache Arbeit – egal, wo und zu welchen Konditionen.

Heute, knapp 20 Jahre später, sind die Jüngeren längst daran gewöhnt, dass man vom Jobcenter außer viel Bürokratie nicht viel erwarten darf. Der einzelne ist in dem System zur Nummer degradiert, die man mal hierhin, mal dahin schubsen kann. Und mit dem bißchen Geld allein, was man von dieser Behörde bekommt, kommt man kaum über die Runden (von einer Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ganz zu schweigen).

Für die Älteren stellten die damaligen Arbeitsmarkt-“Reformen“ (Hartz-Gesetze) hingegen eine Zäsur dar: Der Stress und die permanenten Demütigungen, die sie seither im Kontakt mit der Arbeitsverwaltung erleben, haben ihr Vertrauen in den Sozialstaat nachhaltig erschüttert. Die für den Paradigmenwechsel verantwortlichen zwei Parteien verloren in den Folgejahren daher auch deutlich an Unterstützung.

Die „Ampelkoalition“ hat jetzt eine Revision der Arbeitsförderung angekündigt. An die Stelle von Hartz IV soll künftig ein „Bürgergeld“ treten.

Doch ist das „Bürgergeld“ mehr als ein Etikettenwechsel? Wohin steuert künftig die Arbeitsmarktpolitik?

- Werden berufliche Ausbildung und berufliche Vorerfahrungen im Rahmen der Vermittlung wieder hinreichend berücksichtigt? Wird das Vermittlungsprimat aufgegeben?
- Wird es wieder vollwertige Umschulungen geben, wenn eine Qualifikation nicht mehr „marktgängig“ ist?
- Werden die Sanktionstatbestände zurückgefahren?

Und vielleicht am allerwichtigsten:

- Werden die Leistungen, die jemand erhält, wenn er/sie arbeitslos geworden ist oder wenn das Einkommen nicht ausreicht, auf ein Niveau angehoben, das die Betroffenen - auch mit Blick auf die aktuellen Teuerungen – hinreichend vor Armut und Ausgrenzung schützt?

Dies und einiges mehr wollen wir Bundestagsabgeordnete aus der Regierungskoalition fragen und gleichzeitig versuchen, ihnen Wünsche und Forderungen aus Sicht von Betroffenen sowie von Sozial- und Wohlfahrtsverbänden nahezubringen.



eine online - Veranstaltung des Sozialforums Dortmund in Kooperation mit attac und DGB Dortmund